

Alle gemeinsam Tarifdiktat und Arbeitsplatzvernichtung stoppen

Seit 13.02.06 streiken die Landesbeschäftigten. In verschiedenen Städten gibt es einen harten Kern von Streikenden, der sich nicht unterkriegen lässt. Manche Belegschaften streiken schon 10 Wochen lang. So zum Beispiel die Beschäftigten an der Uniklinik in Homburg. Kolleginnen und Kollegen des Statistischen Landesamtes in Stuttgart und am bayrischen Staatstheater gehen am 8. Mai in die achte Streikwoche. Obwohl meist nur eine Minderheit der Belegschaft streikt, gibt es Bereiche, in denen der Streik große ökonomische Auswirkungen hat. So hat der Streik von 66 Angestellten der Zentralen Datenverarbeitung im Saarland dazu geführt, dass bei den Finanzkassen des Landes 250 Millionen Euro erwartete Steuern nicht eingegangen sind und die Landesregierung deshalb am Kapitalmarkt 71 Millionen Euro Kredit aufnehmen musste, um zahlungsfähig zu bleiben. Dieser Druck könnte enorm erhöht werden, wenn die Streiks bundesweit koordiniert, gebündelt und ausgedehnt würden. Die Erfahrung beim Streik der Kommunen hat gezeigt, dass sich umso mehr Kolleginnen und Kollegen am Streik beteiligen, je ernsthafter und entschlossener der Streik geführt wird.

Solistreiks

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 30.4.06 hat Bsirske über die derzeitige Auseinandersetzung bei den Ländern erklärt: „Das sind neue Töne in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ... und insofern, glaube ich, wird diese Auseinandersetzung weit über die Grenzen des öffentlichen Dienstes hinaus Bedeutung haben, und entsprechend grundsätzlich hart wird sie ausgefochten, weil es um eine Zäsur geht für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik in Zukunft.“ Wir teilen diese Einschätzung. Es müssen aber auch die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen werden. Und die können nur heißen, dass ver.di die Streiks massiv ausdehnt. In Hamburg muss endlich der Elbtunnel bestreikt werden. Landesbeschäftigte an den Flughäfen (z.B. Feuerwehrleute) müssen in Streiks einbezogen werden, um die Flughäfen lahmzulegen. In Nordrhein-Westfalen haben Beschäftigte in den Kommunen bereits zweimal zu Tausenden in Solidarität mit den Landesbeschäftigten die Arbeit niedergelegt. Dieses Beispiel sollte bundesweit propagiert und zur Nachahmung aufgefordert werden. Ohnehin sind die Beschäftigten in den Kommunen über die Meistbegünstigungsklausel von einem

Abschluss bei den Ländern betroffen. Das beste wäre am nächsten Verhandlungstag, 18.05., einen bundesweiten Streik im öffentlichen Dienst unter Einbeziehung von Solistreiks bei den Kommunen und Beschäftigten des Bundes zu organisieren. Zeitgleich könnten bei der Telekom, Post und allen anderen Bereichen, die außerhalb der Friedenspflicht sind, Beschäftigte zu einem eintägigen Warnstreik für die eigene Tarifausschließung und in Solidarität mit den Landesbeschäftigten aufgerufen werden. Mit landesweiten oder noch besser einer bundesweiten gemeinsamen Großdemonstration an diesem Tag könnte ver.di Stärke demonstrieren. Der DGB und die anderen Einzelgewerkschaften sollten von ver.di aufgefordert mit zu diesen Demonstrationen zu mobilisieren.

Beamtinnen einbeziehen

Der TdL-Verhandlungsführer Möllring hat erklärt, dass die Bedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst künftig so zu regeln seien, dass per Gesetz die Arbeitszeit und Entlohnung für die Beamten festgelegt würde und die Angestellten und Arbeiter dem zu folgen hätten. Die Antwort von ver.di auf diese Provokation kann nur sein, dass die BeamtInnen endlich in die Streiks miteinbezogen werden und die Rücknahme aller

Branchenübergreifende Solidarität

Folgende von ver.di organisierte Bereiche sind derzeit ausserhalb der Friedenspflicht und könnten gemeinsam streiken (ohne Anspruch auf Vollständigkeit). Die verbeamteten Kolleginnen kommen noch dazu.

Länderbeschäftigte	900.000
Private Busbetriebe	
in versch. Bundesländer	220.000
Private Müllbetriebe	160.000
Telekom	110.000
Deutsche Post	142.000
Unikliniken der TdL	160.000
Charité Berlin	15.000
TKK-Krankenkasse	9.700
Hamburger KITAS	4.200
Hafenarbeiter	15.000
Gesamt	1.735.900

Verschlechterungen gegen sie mit zum gemeinsamen Streikziel erhoben wird. Es war bereits ein fataler Fehler von ver.di, dass die Angriffe auf die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen kampflös hingenommen wurden. Für eine Gewerkschaft muss gelten, dass ein Angriff auf eine Schicht von Kollegen als Angriff auf alle betrachtet und gemeinsam zurückgeschlagen wird. Die aktuelle Auseinandersetzung muss genutzt werden um das Streikrecht für Beamte durch Streik durchzusetzen. Es wäre ohnehin nicht das erstemal, dass in Deutschland Beamte streiken. In

Hessen und Hamburg haben verbeamtete LehrerInnen wiederholt gestreikt. An den Unikliniken ist es notwendig die Spaltung zwischen Ärzten und nicht-ärztlichem Personal zu überwinden. Die Ärzte dürfen von ver.di nicht länger für ihre Ablehnung des TVöD und ihre 30%-Forderung kritisiert werden. Mit gemeinsamen Streiks für Verbesserung für alle und mehr Geld für die Krankenhäuser kann ein Anfang gemacht werden, die Spaltung zu überwinden.

Das ver.di-Netzwerk hat den TVöD von Anfang an abgelehnt. Wir haben eine Broschüre herausgebracht, in der wir mit Zahlen und Fakten erklären, dass der TVöD ein Absenkungstarifvertrag ist. Die Broschüre kann abgerufen werden unter:
www.netzwerk-verdi.de/tarif_04-05/tvoed-2005.html

Mobilisierende Forderungen

Neben einer Streikstrategie, die Aussicht auf Erfolg gibt, sind klare positive Streikziele notwendig, um mehr Landesbeschäftigte für den Streik zu mobilisieren. ver.di hat in die Tarifverhandlungen mit der TdL folgenden Lösungsvorschlag eingebracht: nach Entgeltgruppen (EG) gestaffelte Arbeitszeiten zwischen 38,5 und 40 Stunden, nach EG gestaffelte Jahressonderzahlung zwi-

schen 95% und 40%, keine Nachforderung für 2005, Einmalzahlungen für 2006 und 2007 von je 450 Euro für die EG 1-8, 300 Euro für EG 9-12, 100 Euro für EG 13-1. Solche Zugeständnisse demobilisieren. Wir lehnen sie ab. Zusätzlich demobilisiert das Streikziel Übernahme TVöD, weil es ein Absenkungstarifvertrag ist. Altbeschäftigte mit Nachwirkung des BAT/BMT-G haben recht, wenn sie sagen, dass sie für keine Verschlechterung streiken wollen. Das Geheimnis des Erfolgs des Streiks an den baden-württembergischen Unikliniken lag darin, dass er nicht mit dem Ziel Übernahme TvöD, sondern mit dem Ziel Wiederherstellung der 38,5-Stunden-Woche für alle, Wiederherstellung des Urlaubs- und Weihnachtsgelds für alle und eine Lohnerhöhung von 50 Euro/Monat für alle geführt wurde. Heraus kam die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung von 41 Stunden auf 38,5 für alle zwischen 40 und 55. Alle über 55 Jahre arbeiten 38 Stunden und alle unter 40 Jahre 39 Stunden. Die Kürzungen beim Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld wurden weitgehend zurückgenommen. Es gibt eine Jahressonderzahlung von 88% für alle. Zusätzlich wurde eine Einmalzahlung von 390 Euro für 2005 und je eine Einmalzahlung von 300 Euro für 2006 und 2007 erkämpft. An-

sonsten gilt der BAT weiter. Alle Absenkungen und Verschlechterungen des TVöD wurden vorerst verhindert. Eine Lehre aus dem Streik bei den Unikliniken und Kommunen ist, dass man Arbeitszeitverkürzung fordern muss. Ansonsten kann noch nicht mal die 38,5-Stunden-Woche verteidigt werden.

Wir schlagen vor:

- 250 Euro/Monat mehr und 35-Stunden-Woche für alle (auch Beamtinnen)
- Rücknahme aller Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld (auch für BeamtInnen)
- Beibehaltung des BAT/MT-Arb statt Übernahme Absenkungstarifvertrag TvöD
- Für einen eintägigen bundesweiten Streik- und Protesttag bei Ländern, Kommunen und Bund (einschließlich der Beamtinnen) und aller in Tarifaus-einandersetzung befindenden ver.di-Bereiche. Gemeinsame bundesweite Großdemonstration.
- Kampf um Ausweitung des Streiks bei den Landesbetrieben und bundesweite Koordination der Streiks

Auf die Straße gegen soziale Demontage

Zusammen mit attac, der „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“, Erwerbslosengruppen und vielen lokalen Gruppen der sozialen Bewegung rufen wir auf zur bundesweiten Demonstration am 3. Juni in Berlin. Wir sind der Meinung, dass ver.di ebenfalls zu dieser Demo aufrufen soll und setzen uns dafür ein. Es ist Zeit, dass wir mit der Merkel/Müntefering-Regierung französisch reden. Eine bundesweite Demonstration kann ein Schritt in diese Richtung sein. Massenstreiks müssen folgen. Unser Aufruf kann abgerufen werden von unserer website unter www.netzwerk-verdi.de Weitere Infos über die Demo und Fahrtmöglichkeiten aus verschiedenen Orten sind zu finden unter www.protest2006.de



Treffen der örtlichen Netzwerkgruppen

- in Stuttgart: am Mittwoch, 17.5.2006 um 18.00 Uhr in der Kellerschenke, DGB-Haus, W.-Bleicher-Str. 20
- in Hamburg: am Mittwoch, 14.6.2006 um 19.00 Uhr im DGB-Haus, Besenbinderhof 60

Nächstes bundesweites Treffen Am Samstag, den 28. Oktober in Kassel

www.netzwerk-verdi.de